(2) Die Beschwerde ist schriftlich einzulegen und zu begründen oder mündlich durch den Betroffenen zu Protokoll zu erklären. Sie hat aufschiebende Wirkung; das gilt nicht, wenn die Durchsetzung der Ordnungsstrafmaßnahme keinen Aufschub duldet. Die Entscheidung darüber ist in der Verfügung mit bekanntzugeben.“

Der bisherige Abs. 2 wird Abs. 3.

7. Im § 36 wird als Abs. 5 eingefügt:

„(5) Wird im Beschwerdeverfahren oder bei Aufhebung der Entscheidung festgestellt, daß der Bürger keine Ordnungswidrigkeit begangen hat, sind bereits gezahlte Ordnungsstrafen und Ordnungsgelder, Erlöse oder Wertersatz zurückzuzahlen, eingezogene Gegenstände zurückzugeben sowie die dem betroffenen Bürger entstandenen Auslagen einschließlich der Kosten für einen Rechtsanwalt zu erstatten.“

Anlage 4

zu vorstehendem Gesetz

Das Gesetz über die Eintragung und Tilgung im Strafregister der Deutschen Demokratischen Republik (Strafregistergesetz) wird wie folgt geändert:

1. Im § 26 Abs. 1 erhalten die Ziffern 1 bis 3 folgende Fassung:

„(1) Die Frist, nach deren Ablauf Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit im Strafregister getilgt werden, beträgt

1. ein Jahr bei einer Verurteilung mit einem öffentlichen Tadel oder zu Geldstrafe bis zu 500 Mark;
2. zwei Jahre bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten, bei einer Haftstrafe sowie bei einer Verurteilung zu Geldstrafe über 500 Mark;
3. drei Jahre bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mehr als sechs Monaten bis zu einem Jahr, bei einer Verurteilung wegen fahrlässig begangener Straftaten bis zu fünf Jahren sowie bei einer Verurteilung zu Geldstrafe über 10 000 Mark;“

2. Im § 26 Abs. 1 wird die Ziff. 7 aufgehoben.

Anlage 5

zu vorstehendem Gesetz

Das Devisengesetz wird wie folgt geändert :

§ 19 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„ (3) Die Einziehung nach Absatz 1 sowie die Ersatzeinziehung oder die Zahlung eines Gegenwertes nach Absatz 2 kann auch selbständig erfolgen.“

Anlage 6

zu vorstehendem Gesetz

Das Gesetz zum Schutz des Kulturgutes der Deutschen Demokratischen Republik — Kulturgutschutzgesetz — wird wie folgt geändert:

§ 14 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Einziehung gemäß Absatz 1 oder die Ersatzeinziehung oder die Zahlung eines Gegenwertes gemäß Absatz 2 kann auch selbständig erfolgen.“

Anlage 7

zu vorstehendem Gesetz

Das Gesetz über die Luftfahrt — Luftfahrtgesetz — wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Als § 53 a wird eingefügt:

„ § 53 a

Gefährdung der Sicherheit auf einem Flughafen für die internationale zivile Luftfahrt

(1) Wer vorsätzlich und rechtswidrig gegen eine Person unter Benutzung einer Waffe, eines Gegenstandes oder einer Substanz Gewalt anwendet und dadurch die Sicherheit auf einem Flughafen für die internationale zivile Luftfahrt gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, Verurteilung auf Bewährung oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich und rechtswidrig Einrichtungen eines Flughafens für die internationale zivile Luftfahrt oder ein dort abgestelltes, nicht in Betrieb befindliches Luftfahrzeug zerstört, beschädigt oder unbrauchbar macht oder den Betrieb des Flughafens gewaltsam unterbricht und dadurch die Sicherheit auf diesem Flughafen gefährdet.

(3) In schweren Fällen wird der Täter mit Freiheitsstrafe von zwei bis zu zehn Jahren bestraft. Ein schwerer Fall liegt vor, wenn

1. durch die Tat nach den Absätzen 1 oder 2 eine schwere Körperverletzung oder fahrlässig der Tod eines Menschen verursacht oder das Leben einer größeren Anzahl von Menschen gefährdet wird;
2. der Täter Rädelführer ist.

(4) Vorbereitung und Versuch sind strafbar.

(5) Wer durch die Tat gemäß den Absätzen 1 oder 2 oder gemäß § 53 Absätze 1 oder 2 vorsätzlich den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bestraft.“

2. § 53 Abs. 3 wird aufgehoben; der bisherige Abs. 4 wird Abs. 3.

3. Die §§ 54 bis 56 erhalten folgende Fassung:

»§ 54

Erfolglose Aufforderung

Wer einen anderen zur Begehung eines Verbrechens gemäß § 53 oder § 53 a oder zur Teilnahme an einem solchen auffordert oder sich dazu anbietet, ohne daß dieser die Straftat ausführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.“